

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



GRÜNE Regionalratsfraktion Düsseldorf

Report 2004 – 2009



Liebe Leserin und lieber Leser,

die Landes- und Regionalplanung steht immer in Verdacht, ein besonders trockener oder langweiliger „Stoff“ zu sein. Dass dem nicht so ist, können wir Ihnen/ Euch hoffentlich mit dem vorliegenden Bericht zeigen.

Die Landes- und Regionalplanung bestimmt an vielen Stellen über die Zukunft und Entwicklung der Region und damit insbesondere auch über die Lebensqualität ihrer Bevölkerung. Egal ob es um die Ansiedlung großer Kohlekraftwerke, die zunehmende Auskiesung oder die Erweiterung von Flughäfen ging, für uns war nicht nur die landesplanerische Abwägung, sondern auch stets die Auswirkungen auf die Lebens-, Gesundheits- und Umweltqualität im Blickfeld.

Nach dem Wechsel der Landesregierung wurden parallel zur „Eingliederung“ der Umweltbehörden die Schleusen für Großprojekte weiter geöffnet. Beispielhaft seien folgende, von uns abgelehnte Änderungen des Gebietsentwicklungsplans (GEP) genannt:

- Scharpenacken im Osten Wuppertals,
- Öffnung der Gewerbe- und Industriegebiete für Großkraftwerke,
- Aufstellung einer Reservekarte für Abgrabungsflächen
- Agrobusiness bei Grevenbroich.

Doch nicht nur GEP-Änderungen gehören zu unserem Arbeitsfeld, sondern eine Vielzahl eher geräuschloser Aufgaben im Zusammenhang mit unserer Infrastruktur.

Wir haben versucht, unsere Arbeit der letzten Jahre in einer übersichtlichen Gliederung darzustellen und euch / Ihnen mittels Links auf unsere [Homepage](#) eine Vertiefung zu ermöglichen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen
euer / Ihr Regionalratsteam



Ingeborg Arndt
Mitglied im RR und VA



Christoph Kersch
Mitglied im RR und StA



Ute Sickelmann
Mitglied im RR und PA



Norbert Czerwinski
Mitglied im RR und VA



Manfred Wuttke
Stellvertretendes Mitglied im PA und VA



Rolf Fliss
Stellvertretendes Mitglied im VA



Manfred Krause
Fraktionssprecher,
Mitglied im RR und PA



Claudia Leiße
Stellvertretende
Fraktionssprecherin,
Mitglied im RR und VA



Uwe Tietz
politischer Geschäftsführer



Heike Milkowski-Fingerle
Fraktionsreferentin

Was macht eigentlich der Regionalrat?

Der kommunal besetzte Regionalrat (RR) hat als Teil der Landesplanung die Funktion eines Bindegliedes zwischen der Raumordnung auf Landesebene sowie den regionalen und kommunalen Fachplanungen. Zu den Aufgabengebieten gehören u.a.:

- **Regionalplanung** / Aufstellung und Fortschreibung des Regionalplanes als Rahmen für die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk, zuständig: Planungsausschuß (PA)
- **Vorberatung bei raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen sowie Fördermaßnahmen des Landes**, zuständig: Strukturausschuß (StA)
- **Verkehrsinfrastrukturplanung** / Erarbeitung von Vorschlägen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und Vorberatung entsprechender Landesförderprogramme, zuständig: Verkehrsausschuß (VA)

Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/ueber-uns/was-ist-der-regionalrat.html>



Ressourcenschutz

Die Endlichkeit der Kieslagerstätten - ein Dauerbrenner

Das konfliktträchtigste Umweltthema war das Ringen um weitere Abgrabungsflächen für die Kiesindustrie.

Die kiesabgrabende Industrie erzwang mit ihren Anwälten durch OVG Beschluss die Aufstellung einer sog. Reservekarte. Hintergrund für dieses Gerichtsurteil ist eine überholte Landesgesetzgebung, die eine weitgehende Privilegierung des Rohstoffabbaus festlegt und keine Nachhaltigkeitskriterien aufweist. Bereits heute sind 15.000 ha (150 km²) allein im Regierungsbezirk Düsseldorf dem Kiesabbau zum Opfer gefallen. Das entspricht der dreifachen Fläche von Garzweiler!

Im aktuellen GEP 99 sind 6.600 ha genehmigt. Circa 20.000 ha (200 km²) hatte die Kiesindustrie an Wunschflächen angemeldet! In den am meisten betroffenen Landkreisen Kleve, Wesel und Viersen sind einzelne Ortschaften mit bis zu 20 % ihrer Fläche betroffen!

Dabei wird ein Großteil des geförderten Kieses direkt ins Ausland, vorzugsweise in die Niederlande exportiert, da dort der Kiesabbau auf Druck der Bevölkerung restriktiv gehandhabt wird. Die Ausweisung neuer Auskiesungsflächen erscheint notwendig, da sich der Bedarf an der abgesetzten Menge Kies orientiert. Je mehr also verbraucht wird, desto schneller müssen per Gesetz wieder neue Flächen „nachgelegt“ werden. Aus dieser Logik müssen wir aussteigen und einen nachhaltigen Umgang mit der endlichen Ressource Kies im Landesplanungsrecht verankern.



Es fehlt ein Ausstiegs-Szenario!

Inzwischen ist es uns gelungen, auch auf Landesebene die Diskussion um den Rohstoffabbau in NRW voranzutreiben. Ein Erfolg unserer kontinuierlichen Arbeit ist der gemeinsam mit den Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden erstellte „Niederrhein-Appell“, der breite Unterstützung durch die grünen Fraktionen am Niederrhein und die Landtagsfraktion erfahren hat. Auf Grund des durch uns maßgeblich unterstützten Widerstands der Bürgerinitiativen hat der Regionalrat das Volumen an neuen Auskiesungsflächen in der Reservekarte auf ca. 1200 ha begrenzt. Aus unsere Sicht dennoch zu viel, so dass wir den Beschluss im September 2008 nicht mitgetragen haben.

Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/planung/rohstoffabbau.html>



Wasserschutz und Wasserschutz

Der Niederrhein verfügt auch im europäischen Maßstab über umfangreiche Wasserressourcen. Allerdings haben sich die Konflikte zwischen konkurrierenden Flächennutzungen und dem Schutz dieser lebenswichtigen Ressource erheblich zugespitzt. So drängt zum Beispiel die Kiesindustrie in die Wasserschutzzonen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Schutz der Wasserreserven oberste Priorität genießt.

Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/planung/wasser.html>

Klimaschutz und Energiewende

Wie auf allen politischen Ebenen hat auch uns der Klimaschutz in der vergangenen Wahlperiode sehr beschäftigt. Auf der regionalen Ebene haben wir es immer wieder mit klimarelevanten Planungen zu tun, sei es bei direkten Energievorhaben, sei es bei gesamträumlichen Planungen, die Auswirkungen auf das Klima haben.

Rolle rückwärts - Öffnung von Gewerbe- und Industriegebieten für Großkraftwerke

Im März 2007 hat der Regionalrat eine weitreichende Entscheidung über die zukünftigen Kraftwerksstandorte im Regierungsbezirk gefällt. Während vorher die Errichtung von Kraftwerken nur an speziell hierfür vorgesehenen Standorten möglich war, kommen nun durch eine „Öffnungsklausel“ im Gebietsentwicklungsplan generell alle dort als Gewerbe- oder Industriegebiete (GIB) dargestellten Flächen für Kraftwerke in Frage.

Die baurechtliche Prüfung, ob sich ein Standort eignet oder nicht, erfolgt auf lokaler Ebene. Aus unserer Sicht sind die nachgelagerten Prüfverfahren nicht geeignet, die Manifestierung einer veralteten Technologie von Steinkohlekraftwerken zu verhindern. Zudem gibt der Regionalrat ein wichtiges Instrument zur Koordinierung der Energieversorgung im Regierungsbezirk aus der Hand und überträgt Kommunen und Groß-Investoren die Entscheidung zum Bau von Kraftwerken mit überregionaler Bedeutung. Unsere Fraktion hat sich daher vehement gegen die Öffnung der GIB-Flächen als Kraftwerkstandorte eingesetzt und im Gegenzug ein landesweites Energiekonzept unter Beachtung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärmekopplung eingefordert.

Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/energie/hintergrund/kraftwerkstandorte.html>



EBS-Kraftwerke – getarnte Müllverbrennung



Ein weiteres Sorgenkind ist die sprunghaft steigende Anzahl von Anträgen zur Errichtung oder zum Ausbau von Kraftwerken mit Ersatzbrennstoffen. Aufgrund der Entwicklung der Strom-, Gas- und Rohölpreise sowie der neuen Vorgaben zur Verbrennung von Gewerbemüll suchen viele Unternehmen nach einer Möglichkeit, ihre Energie- und Entsorgungskosten zu senken. Allein am Niederrhein sind zwei Anträge (Müllheizkraftwerk Solvay Rheinberg, BP-Gelände Hünxe) im Gespräch. Alle diese Anträge werden als Einzelverfahren nach BImSchG genehmigt und damit der Beschlussfassung durch den Regionalrat entzogen. Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/energie/hintergrund/boom-von-ebs-kraftwerken.html>

NRW Hochburg des Mülltourismus



Aus einem Presseartikel geht hervor, dass 52 Länder aus allen Regionen der Welt giftige Abfälle in NRW, insbesondere im Regierungsbezirk Düsseldorf, entsorgen. Aus der Quelle „Landtag Intern Ausg. 1/07“ stammt die Wiedergabe folgender Aussage: „So kamen allein im vorletzten Jahr 2,4 Mio. Tonnen Abfall aus dem Ausland; 600.000 Tonnen davon waren Sonderabfälle.“ Diese Dimensionen haben überrascht und waren nicht allgemein bekannt! Zu den in Frage kommenden Entsorgungsanlagen im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Düsseldorf haben wir u.a. eine umfangreiche Anfrage erarbeitet. Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/abfall.html>

Klimaschutz regional

Forschung und Erfahrungen zu Klimaschutzkonzepten auf regionaler Ebene stecken quasi noch in den Kinderschuhen. Trotzdem haben wir zu diesem zukunftsweisenden Themenfeld ebenfalls eine umfangreiche Anfrage zur Verankerung von Klimaschutzzielen im Regionalplan gestellt. Möglichkeiten, auf regionaler Ebene einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sehen wir neben dem Themenfeld Energie insbesondere in der Siedlungs- und Freiraumentwicklung. Erstmals behandelt der Regionalrat das Thema auf unseren Antrag im Frühjahr 2009. Mehr Informationen: <http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/klimaschutz.html>

Natur- und Artenschutz

Biologische Stationen fördern - keine Natur-Zerstörung durch Großprojekte

Als wichtige Schnittstellen zwischen ehrenamtlichem Engagement und staatlichem Naturschutz erfüllen die bislang 44 Biologischen Stationen in NRW häufig Aufgaben, die die Verwaltungen der Kreise und kreisfreien Städte nicht leisten können. Die massive Kürzung von Landeszuschüssen bedeutet für sie eine Einschränkung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Zudem wird ein größerer Einsatz für die Akquise von Fördermitteln notwendig, der wiederum der inhaltlichen Arbeit der Stationen verloren geht.

Mehrere „Großprojekte“, die massiv in die Landschaft eingreifen soll(t)en, haben uns in Atem gehalten, z.B. der Freizeitpark Röbbek in Velbert sowie das ehemalige Militärgelände im Wuppertaler Scharpenacken. Bei beiden Projekten hielten wir intensiven Kontakt mit den GRÜNEN vor Ort sowie mit den örtlichen Bürgerinitiativen und konnten uns bei Ortsbesichtigungen ein Bild von der Lage vor Ort machen. Mehr Informationen: <http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/planung/naturschutz/biologische-stationen.html>



Natur-Oase „Scharpenacken“ soll zerstört werden

Der Regionalrat stimmte im März 2008 über die 53. Änderung des Regionalplanes für die Realisierung der Justizvollzugsanstalt im Wuppertaler Osten ab. Wir befürworten zwar grundsätzlich den Bau einer JVA in Wuppertal, unterstützen aber ausdrücklich die Kritik der Anwohner und der Wuppertaler Naturschutzorganisationen zum geplanten Standort.

Das Bauvorhaben stellt einen starken Eingriff dar in die Natur inmitten des „Scharpenackens“, eines der wertvollsten Biotopstandorte des Bergischen Landes mit zahlreichen Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste. Wir haben deshalb gefordert, die Planungen auf mögliche Alternativflächen und eine Aufteilung der Standorte für Jugendhaftanstalt, Justizvollzugsschule und Bereitschaftspolizei zu überprüfen. In enger Abstimmung mit den Naturschutzverbänden vor Ort haben wir beantragt, die vorhandenen Alternativ-Standorte in Betracht zu ziehen. Trotz intensiver Bemühungen und überzeugender Argumente wurde der Beschluss für die Regionalplanänderung mit der üblichen CDU/SPD/FDP-Mehrheit gefällt. Nun hoffen wir, dass mögliche Klagen von AnwohnerInnen eine mangelnde Alternativprüfung nachweisen. Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/planung/naturschutz/jva-scharpenacken.html>



Ortsbesichtigung der Regionalratsfraktion in Wuppertal-Scharpenacken.



Vom Bachtal zum Mega-Freizeitpark Röbbek?

In einem nicht nachzuvollziehenden vereinfachten Änderungsverfahren wurde 2006 ein Megaprojekt (Sport- und Freizeitpark Röbbek in Velbert) auf den Weg gebracht. Zahlreiche, bei Bedarf wieder leicht zu demontierende Großhallen sollten eine weitgehend unberührte große Tal- und Bachlandschaft verschandeln. Die Verträglichkeit mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung konnte im Umweltbericht nicht dargestellt werden, da Natur und Landschaft großflächig zerstört werden. Zudem steht in diesem Verfahren ein weiterer Freiflächenverbrauch für Folgeeinrichtungen zu befürchten. Trotz weitgehender Zustimmung der Regionalratsmehrheit von CDU/SPD/FDP kam es Gott sei Dank nicht zur Verwirklichung der Investorenpläne, wohl auch weil die Zerstörung des Naturraums nicht ausgleichsfähig ist.

Schienvorrangpolitik statt neuer Landesstraßen

Im Rahmen der Beratungen zum Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan NRW hat unsere Fraktion mit Unterstützung der Verkehrsverbände Pro Bahn und VCD sowohl das Erarbeitungsverfahren als auch die Bewertungsmethodik der ausgewählten Verkehrsprojekte einer kritischen Betrachtung unterzogen. In enger Abstimmung mit den GRÜNEN Kreistags- und Stadtratsfraktionen haben wir uns dafür eingesetzt, dass

- entsprechend der Vorgaben des unter rot-grün beschlossenen IGVP-Gesetzes Investitionen in die Schieneninfrastruktur Priorität besitzen
- nicht nachvollziehbare Priorisierungen von zahlreichen Landesstraßenneubau-Projekten korrigiert werden
- der Radwegebau im Regierungsbezirk vorrangig gefördert wird und der Erhalt des bestehenden Straßennetzes Vorrang vor Neubauvorhaben hat.

Folgerichtig haben wir dem Priorisierungsvorschlag der Bezirksregierung einen eigenen Vorschlag gegenübergestellt, der eine Umschichtung der Landesmittel zugunsten der Schiene vorsah. Er schlug u.a. die Streichung umstrittener Landesstraßenneubauvorhaben wie der L 239 in Ratingen, der L19 in Mönchengladbach (OU Giesenkirchen und Odenkirchen), der L 361 (OU Grevenbroich/Kapellen), der L 405 (BA III) in Solingen und der L 403 (OU Hilden bis Langenfeld) vor und forderte stattdessen eine höhere Einstufung ausgewählter Schienenvorhaben.



SPNV stärken – auch grenzüberschreitend

In der Wahlperiode 1999 bis 2004 hat der Widerstand der GRÜNEN im Regionalrat wesentlich dazu beigetragen, dass die Landesregierung ihr verkehrlich unsinniges Prestigeprojekt „Metrorapid“ aufgab. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion haben wir eine Darstellung der Magnetbahntrasse im Regionalplan Düsseldorf abgelehnt.

Seitdem drängen wir darauf, dass die durch die Landesregierung vorgesehene schienengebundene Alternative, der sog. „Rhein-Ruhr-Express“ (RRX) zwischen Köln und Dortmund zügig realisiert wird. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel für den SPNV durch die Bundesregierung und die damit verbundene Reduzierung des Angebotes im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) haben wir im Regionalrat scharf verurteilt und die Landesregierung (vergeblich) aufgefordert dem Vorbild anderer, auch CDU geführter Bundesländer, zu folgen und hierfür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch den Menschen im ländlichen Raum ein angemessenes Mobilitätsangebot zur Verfügung steht. Eine besondere Priorität besitzt dabei der Ausbau des grenzüberschreitenden Nahverkehrs in die Niederlande wie die Verbindungen

- Xanten – Kleve – Nimwegen
- Oberhausen – Emmerich – Arnheim
- Mönchengladbach – Venlo.

Durch die Änderung des ÖPNV-Gesetzes wird der Regionalrat allerdings nur noch nachrichtlich eingebunden, nachdem die Aufgaben der Förderung auf den VRR übertragen wurden. Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/verkehr/grenzueberschreitender-oepnv.html>

Erweiterung des Flughafens Mönchengladbach verhindert

Das Highlight einer erfolgreichen grünen Regionalratsarbeit war die bei Stimmengleichheit überaus knappe Ablehnung der Erweiterung des Flughafens Mönchengladbach. Von Anfang an gab es schlagkräftige Argumente gegen den Ausbau sowie grundsätzliche Zweifel am Bedarf. Lärmbelästigung, Flugsicherheitsbedenken und Vernichtung von ökologisch hochwertigem Freiraum wurden von den zahlreichen Bürgerinitiativen argumentativ hervorgehoben. Hunderte von Anwohnern und ihre Bürgerinitiativen begleiteten die namentliche Abstimmung und unsere Redebeiträge mit lauten Beifallsbekundungen. Trotzdem wurde das parallel eingeleitete Planfeststellungsverfahren weitergeführt. Erst nach dem Urteil des OVG Münster über die Zulässigkeit vermehrter Flugbewegungen am Flughafen Düsseldorf wurde aufgrund des nun nicht mehr nachzuweisenden Bedarfs das Verfahren eingestellt. Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/verkehr/flughafenausbau-moenchengladbach.html>



Feinstaub - eine „never-ending story“

2005 war das Thema Feinstaub durch das Inkrafttreten der EU-Feinstaubrichtlinie in aller Munde. Aus diesem Anlass haben wir ein Fachgespräch für die Kreis- und Stadtratsfraktionen zu den Inhalten der Richtlinie und ihrer unterschiedlichen Umsetzung in den Städten organisiert. In zahlreichen Städten wie Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Neuss, Oberhausen, Düsseldorf und Wuppertal wurden vielfältige Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte festgestellt. Von daher nahm die Genehmigungsbehörde und das zuständige Fachreferat eine Vorreiterrolle bei der Einrichtung von Umweltzonen ein. Leider mündete dies nicht in die von uns favorisierte Umweltzone Ruhr, sondern in viele kommunale Einzellösungen. Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/verkehr/feinstaub.html>



Straßenzustand: Erhalt statt Neubau!

Jede dritte Landesstraße im Regierungsbezirk Düsseldorf ist in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Das ergab eine Anfrage, die die GRÜNE Regionalratsfraktion an die Bezirksregierung auf Grundlage des Straßenzustandsberichtes NRW gestellt hatte. Grund dafür sind laut Landesbetrieb Straßen fehlende finanzielle Mittel: Rund 100 Mio. Euro wären jährlich in ganz NRW notwendig, um zumindest den Status Quo zu erhalten. Es steht jedoch für 2008 lediglich etwa die Hälfte der Mittel zur Verfügung. Aus unserer Sicht setzt die Landesregierung hier falsche Prioritäten. Dabei ist der Zustand der Brücken und Tunnel, der den Städten im Regierungsbezirk zunehmend Kopfzerbrechen bereitet, noch gar nicht einbezogen.

Mehr Informationen:

<http://gruene-regionalrat-duesseldorf.de/themen/verkehr/strassenzustand.html>



Strukturförderung

Erhaltung und Ausbau der kommunalen Infrastruktur

Die Mitentscheidung über die Vergabe strukturwirksamer Fördermittel des Landes NRW ermöglicht es den Regionalräten, für ihren Zuständigkeitsbereich eigene Prioritäten zu setzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittelvergabe in einem transparenten Verfahren erfolgt, das auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt. Die durch die Landesregierung vorgenommenen Mittelkürzungen in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge haben wir wiederholt kritisiert.



Im Bereich der **Krankenhausförderung** haben wir eine Resolution des Regionalrates an die Landesregierung unterstützt, die sich für eine transparentere Mittelvergabe und eine Erhöhung der Fördermittel einsetzt. Die Landesregierung hat darauf mit der Einführung einer Krankenhauspauschale reagiert, so dass dem Regionalrat in diesem Bereich seine Kompetenzen zu einer bedarfsorientierten Prioritätensetzung quasi entzogen wurden. Es ist zu befürchten, dass Investitionen vor allem bei kleineren ländlichen Krankenhäusern ausbleiben werden und sich die Versorgung im ländlichen Raum verschlechtern wird.



Mit einer (EU-kofinanzierten) Fördersumme von rd. 220 Mio. Euro jährlich besitzt die **Städtebauförderung** im Bereich des Regierungsbezirks erhebliche Bedeutung. Gefördert werden insbesondere die Stärkung der Innenstädte und Ortskerne sowie Maßnahmen zur Aufwertung der baulichen und sozialen Infrastruktur in benachteiligten Stadtteilen (Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“). Die Auswahl der vorrangig zu fördernden Maßnahmen haben wir in enger Abstimmung mit den Fraktionen „vor Ort“ vorgenommen. Oft handelte es sich um ganzheitliche Projekte, die sowohl städtebauliche Maßnahmen als auch Maßnahmen der lokalen Ökonomie und zur Stabilisierung der Sozialstruktur beinhalteten.

Bei der **Wohnbauförderung** hat das Land u. a. einen Klimabonus eingeführt, der die Klimabilanz neuer und alter Häuser und Wohnungen verbessern soll. Wir Grünen sehen das als einen Schritt in die richtige Richtung. Bleibt abzuwarten, ob die finanziellen Anreize ausreichen, um die Klimabilanz möglichst vieler Häuser deutlich zu verbessern. Heizungen sind in den Städten - neben der Industrie - die größten Emittenten von CO₂.

Im Bereich der **Altlastensanierung** stehen derzeit jährlich nur rd. 7 Mio. Euro für Maßnahmen im Regierungsbezirk zur Verfügung. Dies bedeutete, dass im Förderprogramm 2008 nur 8 von 65 angemeldeten Maßnahmen berücksichtigt werden konnten.

„Hype“ Agrobusiness - Gewächshauskultur statt Kulturlandschaft?

Der Nahrungsmittelbedarf wächst, Energie- und Rohstoffverbrauch stehen in Konkurrenz zu den Nahrungsmitteln. Investoren entdecken den Sektor „Agrobusiness“ und setzen auf neue Megastrukturen. Die Intensivierung der Landwirtschaft am Niederrhein erreicht hierdurch eine neue Stufe. Das erste Projekt der neuen „Agrowelt“ - 33 ha groß - entsteht auf dem Stadtgebiet der Stadt Grevenbroich. Im Februar 2008 schlug die RWE Power AG die Ansiedlung von Unterglasbetrieben im Bereich des heutigen interkommunalen Gewerbegebietes vor. Anstoß gab der Investor „Greenhouse Power GmbH“, der deutschlandweit auf der Suche nach geeigneten Standorten für die Gemüseproduktion in Unterglasbetrieben ist. Unsere Fraktion lehnt dieses Vorhaben ab.

Wir kritisieren

- die Umweltfolgen mit einer Versiegelung des Bodens von 90 %,
- die sozialen Folgen wie der rasant fortschreitende Konzentrationsprozess verbunden mit einer Ausweitung des Niedriglohnssektors,
- die Zerschlagung der letzten bäuerlichen Strukturen und nicht zuletzt
- den Anbau von Nahrungsmitteln auf Substrat

Nur von uns wurden diese Punkte als nicht nachhaltig diskutiert, mal abgesehen von dem „Öko-Mäntelchen“ der Aussteuerung von Fernwärme aus den neuen RWE-Kraftwerken, die dieser klimaschädlichen Energieversorgung eine neue Legitimität verschaffen soll.

Es wird eine vorrangige Aufgabe der neuen GRÜNEN Regionalratsfraktion sein, die weiteren Entwicklungen im Agrarsektor kritisch zu begleiten.



Verwaltungsreform - Sechs statt Drei!

Nach wie vor verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Aufgaben der beiden Landschaftsverbände, der fünf Bezirksregierungen und des RVR in drei regionale „Superbehörden“ für das Rheinland, das Ruhrgebiet und Westfalen zusammenzuführen. Gemeinsam mit der Landtagsfraktion und den anderen GRÜNEN Regionalratsfraktionen vertreten wir die Meinung, dass dieser Zentralismus einer bürgernahen Aufgabenerledigung zuwiderläuft und zu keinen nennenswerten Einsparungen führen wird. Dies war auch das Ergebnis mehrerer Schwerpunktveranstaltungen, die wir unter Einbindung namhafter Verwaltungsexperten durchgeführt haben.



Im Hinblick auf die Organisation und den räumlichen Zuschnitt der Regionalplanung halten wir aufgrund der Größe unseres Bundeslandes, der strukturellen und räumlichen Verflechtungen und der kulturellen Identitäten eine „Sechser-Lösung“ mit den Teilräumen Köln/Bonn/Aachen, Düsseldorf/Bergisches Land/Niederrhein, Ruhrgebiet, Münsterland, Südwestfalen und Ostwestfalen/Lippe für angemessen. Mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Regionalplanung im Ruhrgebiet auf den Regionalverband Ruhr (RVR) wurden bereits entsprechende Strukturen geschaffen, allerdings um den Preis eines Nebeneinanders von kommunal und staatlich verfasster Regionalplanung. Es zeichnet sich ab, dass die Landesregierung an dem Instrument des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) festhalten will, durch das Kommunen in die Lage versetzt werden, die Regionalplanung gemeinsam mit ihren Nachbarn eigenständig zu gestalten.

Wir haben aber die Erfahrung gemacht, dass das Leitbild einer nachhaltigen Raumentwicklung nur mit einer starken Regionalplanung umsetzbar ist, die die legitimen Wünsche der Kommunen nach Eigenentwicklung mit den Erfordernissen des Freiraum- und Ressourcenschutzes verbindet. Deshalb haben wir in öffentlichen und parteiinternen Diskussionen immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Reform des landesplanerischen Instrumentariums nicht zu einem Steuerungsverlust der Landes- und Regionalplanung führen darf.

Internationale Zusammenarbeit



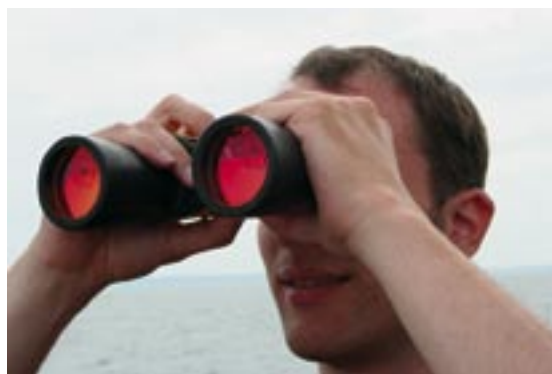
Viele aktuelle Planungs- und Entwicklungsprobleme, z.B. auf den Gebieten Verkehr, Rohstoffgewinnung, Landwirtschaft und Hochwasserschutz, lassen sich nur noch grenzüberschreitend lösen. Wir haben daher enge Kontakte zu den niederländischen Provinzen Gelderland und Limburg geknüpft und treffen uns regelmäßig zum Gedankenaustausch mit den dortigen Fraktionen von „Groen links“. Das pragmatische, auf globale ökonomische Entwicklungen ausgerichtete Planungs- und Politikverständnis unserer Nachbarn fasziniert und schockiert uns dabei gleichermaßen.

Auch ansonsten ist es sinnvoll, ab und an über den Tellerrand des Regierungsbezirks zu schauen. Dies betrifft insbesondere die Gestaltung der Regionalplanung in anderen Bundesländern sowie die raumrelevanten Förderprogramme und Gesetzesvorhaben auf Bundes- und EU-Ebene. Hier ist unsere Fraktion Teil eines GRÜNEN Netzwerks, das sich regelmäßig über aktuelle Entwicklungen austauscht und informiert.

Ausblick

Der Regierungsbezirk Düsseldorf steht in den kommenden Jahren vor neuen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Hierzu gehören insbesondere

- die bereits spürbaren Folgen des Klimawandels
- die Energie- und Ressourcenknappheit
- der weiterhin ungebremste Flächenverbrauch
- der Anstieg des Güterverkehrs
- die Verödung der Innenstädte und der demografische, kulturelle Wandel und die soziale Spaltung der Bevölkerung.



Die Bewältigung dieser und anderer „Megatrends“ erfordert die Aufgabe althergebrachter Denkmuster und wird nur bei verstärkter interkommunaler Kooperation möglich sein. Der Regionalrat muss hierzu seine Rolle als „Mittler“ zwischen den Interessen aktiv wahrnehmen und sowohl bei der Flächensteuerung als auch bei Verkehrs- und Strukturpolitik klare Prioritäten setzen.

Der bestehende Regionalplan stammt aus dem Jahr 1999 und wird den veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr gerecht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode ein neuer Regionalplan erarbeitet wird, der konsequent das Leitbild einer nachhaltigen Raumentwicklung umsetzt.

Der neue Regionalplan wird allerdings nicht mehr das westliche Ruhrgebiet mit den Städten Duisburg, Essen, Mülheim a. d. Ruhr und Oberhausen sowie den Kreis Wesel umfassen. Diese Gebietskörperschaften gehören dem Regionalverband Ruhr (RVR) an, dem die Landesregierung ab Ende 2009 die Regionalplanungskompetenz für sein Verbandsgebiet übertragen hat. Daher wird der zukünftige Regionalrat erheblich kleiner sein als der bisherige.

Wir wollen die Koalition aus CDU/SPD/FDP auch in den kommenden fünf Jahren mit alternativen, zukunftsfähigen Politikansätzen konfrontieren. Hierzu setzen wir wie bisher auf den engen Schulterschluss mit Bürgerinitiativen und Verbänden, der GRÜNEN Landtagsfraktion, dem Landesverband, dem Bezirksverband Niederrhein-Wupper und den GRÜNEN Fraktionen „vor Ort“.

Ein regelmäßiger Austausch mit Aktiven, Fachgespräche zu übergreifenden und/oder strittigen Themen, „Vor-Ort“ Besichtigungen und ein intensiver Kontakt zu den anderen Regionalratsfraktionen sowie zu den beiden Fraktionen der niederländischen Nachbarprovinzen Limburg und Gelderland sollen auch weiterhin Markenzeichen unserer Politik sein.



Wir danken allen, die unsere Arbeit im Regionalrat in den letzten Jahren unterstützt haben und hoffen auf eine ebenso enge und fruchtbare Zusammenarbeit in der kommenden Wahlperiode!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Regionalrat Düsseldorf
Bezirksregierung Düsseldorf, Geschäftszimmer 379
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211/475-2906, Fax: 0211/475-2964
gruene.regionalrat@brd.nrw.de
www.gruene-regionalrat-duesseldorf.de

Bildnachweis:

Bilder von photocase.de: Wasserschutz: Quelle: Jarts; Tropfen: Momosu, Kies: Dioxin; Solarkraft: Akai, Kraftwerk: Knut Svenson; Feinstaub: HWeihe; Autobahnkreuz: ig3l, Schienen: Schneevongestern; Linienplan Düsseldorf: designerbaby; Flugzeug: Mathias the Dread; Farn: Seraph; bagger: Andreas F; Feld: Bjoern; „Ruhrgebiet“: Maris; Baustellenschild: Luxuz; Sonnenblumen: Franz Ernst

Bilder von Aboutpixel.de: Krankenbett: Peter Ehmann; Flaggen: Nataraj; Geld: Janosch Prost; Müll: Mosquita; Händedruck: Konstantin Gastmann; Fernglas: Stephan Benik; Waggon: Brentrup

Schienen: Zettberlin; Gewächshäuser: Stefan Lehnert.

Alle übrigen: eigene Bilder